Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Niederschrift
über die 20. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung
am **Dienstag, 11. Juli 2023, 17:52 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Vera Wilmes, Vorsitzende, CDU
Dr.-Ing. Martin Hoppe-Kilpper, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Natalie Sperl, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, SPD (Vertretung für Frau Esther Kalveram)
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Volker Zeidler, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU (Vertretung für Herr Jan Hörmann)
Dr.-Ing. Norbert Wett, Mitglied, CDU (Vertretung für Frau Nicole Siebrecht)
Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE (Vertretung für Frau Jenny Schirmer)
Sascha Bickel, Mitglied, FDP (Vertretung für Herr Matthias Nölke)
Michael Werl, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme
Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Sabine John, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Johannes Kuntze, Rechtsamt

Tagesordnung:

1.	**Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätige vom 9. Dezember 2019 (Erste Änderung)**	101.19.833
2.	**Mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Vellmar über Aufgaben der Abwasserableitung und Gewässerunterhaltung im Stadtgebiet Vellmar**	101.19.843
3.	**Modellprojekt Smart City Smart-Kassel-Strategie**	101.19.840
4.	**Reichsbürger in Kassel**	101.19.805
5.	**Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen**	101.19.830
6.	**Informationsfreiheitssatzung verlängern**	101.19.855
7.	**Städtische Unterstützung der DLRG**	101.19.857

Vorsitzende Wilmes eröffnet die mit der Einladung vom 4. Juli 2023 ordnungsgemäß einberufene 20. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätige vom 9. Dezember 2019 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.19.833 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätige vom 9. Dezember 2019 (Erste Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Auf Wunsch der Vorsitzenden Wilmes gibt Stadtrat Stochla eine kurze Erklärung zur Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlich Tätige vom 9. Dezember 2019 (Erste Änderung), 101.19.833, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

2. Mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Vellmar über Aufgaben der Abwasserableitung und Gewässerunterhaltung im Stadtgebiet Vellmar
Vorlage des Magistrats
- 101.19.843 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Dem Abschluss der mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (örV) zwischen der Stadt Vellmar und der Stadt Kassel über Aufgaben der Abwasserableitung und Gewässerunterhaltung im Stadtgebiet Vellmar samt zugehöriger Kostenvereinbarung (Anlage zur örV) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung wird zugestimmt."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Vellmar über Aufgaben der Abwasserableitung und Gewässerunterhaltung im Stadtgebiet Vellmar, 101.19.843, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

3. Modellprojekt Smart City
Smart-Kassel-Strategie
Vorlage des Magistrats
- 101.19.840 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> „Dem Entwurf der Smart-Kassel-Strategie vom 12.6.2023 wird zugestimmt. Die Smart-Kassel-Strategie ist als strategisches Planungsinstrument ausgerichtet und bildet die Grundlage für den Erhalt der Fördermittel für die Umsetzungsphase bis März 2028. Die Zielsetzungen und Maßnahmen werden im Förderzeitraum regelmäßig überprüft und ggf. neu ausgerichtet. Das Verwaltungshandeln wird sich künftig an den Zielen der Smart-Kassel-Strategie orientieren und diese dezernatsübergreifend weiterentwickeln. Der Maßnahmenverstetigung, dem Wissenstransfer und den Inhalten des Strategiedokuments wird zugestimmt.
>
> Mit dem Beschluss durch die städtischen Gremien erhält das Strategiepapier den Status eines Umsetzungsauftrags an die Verwaltung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Modellprojekt Smart City Smart-Kassel-Strategie, 101.19.840, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

4. Reichsbürger in Kassel
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.805 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchem Umfang belasten Reichsbürger*innen die öffentlichen Abläufe? (beispielsweise bei Stellungnahmen zu Bußgeldverfahren o.ä.)
2. Sind in der Vergangenheit Reichsbürger*innen oder Rechtsextremisten durch Drohschreiben, -anrufe oder sonstige strafrechtlich relevanten Vorkommnisse im Kontext der Durchführung kommunaler Aufgaben aufgefallen?
3. Sind dem Magistrat Aktivitäten der Reichsbürgergruppe „Indigenes Volk der Germaniten“ in Kassel bekannt?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzende Wilmes die Anfrage für erledigt.

5. Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.19.830 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele städtische Beamte/Angestellte/Mitarbeiter sind seit 2011 bis heute in ihren Büros oder während ihrer Dienstzeit Opfer von Gewalt geworden. Bitte schlüsseln Sie nach Ämtern und Gewalttaten (physisch und psychisch) auf.

2. Welche Angebote zu Schulungen oder Weiterbildungen zur Gewaltprävention bzw. Deeskalation können städtische Beamte/Angestellte/Mitarbeiter heute wahrnehmen bzw. absolvieren?

3. Welche Überlegungen gibt es, den Schutz vor zukünftigen Gewaltübergriffen zu stärken (bspw. vermehrtes Sicherheitspersonal in den Ämtern, Selbstverteidigungskurse etc.)?

4. Wie hoch ist der Krankenstand in der Kasseler Stadtverwaltung seit dem Jahr 2011? Bitte schlüsseln Sie nach Jahren, Ämtern und nach Dauer der Krankschreibungen in Tagen auf.

5. Wie viele Überstunden schieben die städtischen Bediensteten vor sich her? Bitte schlüsseln Sie hier nach Jahren (seit 2011) und nach Ämtern auf.

Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage.

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzende Wilmes die Anfrage für erledigt.

6. Informationsfreiheitssatzung verlängern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.855 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verlängerung der Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen (Informationsfreiheitssatzung) im folgenden Wortlaut: Der Vierte Teil des Hessischen Datenschutz und Informationsfreiheitsgesetzes vom 3. Mai 2018 ist für den Zugang zu amtlichen Informationen anwendbar.
2. Um den Aufwand individueller Antragstellung, Antragsbearbeitung und Antragsentscheidung möglichst gering zu halten, veröffentlicht die Stadt Kassel soweit wie möglich alle Informationen von allgemeinem und öffentlichen Interesse auf seiner Internetseite.

Stadtverordnete Leidig, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Diskussion teilt Stadtverordnete Leidig, Fraktion DIE LINKE, mit, dass der Antrag ihrer Fraktion aufgrund von Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung verschoben werden soll.
Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird für die nächste Sitzung des Ausschusses vorgemerkt.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

7. Städtische Unterstützung der DLRG
Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.857 -

Gemeinsame Anfrage

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Inwieweit unterstützt die Stadt Kassel als zuständige untere Katastrophenschutzbehörde die DLStadtverband Kassel Abt. Wasserrettung?

2. Stattet die Stadt Kassel als zuständige Behörde die Fahrzeuge der DLRG mit Digitalfunktechnik aus? Falls nein, weshalb nicht?
3. Unterstützt die Stadt Kassel die DLRG mit dem Verleih von Ausstattung und Tauchgeräten? Falls nein, weshalb nicht?
4. Welche Ausrüstung hält die Stadt Kassel für nötig, damit die DLRG erfolgreich wirken kann?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzende Wilmes die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

Vera Wilmes
Vorsitzende

Sabine John
Schriftführerin

Kassel, 23. Juni 2023
Herr Krebs/
☎ 1446

1. Auszufertigen/abges.:

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 26. Juni 2023
☐ -32- ☐ -36- ☐ -37- ☐ -52- ☐ -70-

An

- III -

Anfrage der Fraktion Die Linke vom 9. Mai 2023 zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung
Vorlage-Nummer: 101.19.805– Reichsbürger in Kassel
Fragesteller: Stadtverordnete Jenny Schirmer

Frage:

1. In welchem Umfang belasten Reichsbürer*innen die öffentlichen Abläufe? (Beispielsweise bei Stellungnahmen zu Bußgeldverfahren o.ä.).
2. Sind in der Vergangenheit Reichsbürger*innen oder Rechtsextremisten durch Drohschreiben, -anrufe oder sonstige strafrechtlich relevanten Vorkommnisse im Kontext der Durchführung kommunaler aufgaben aufgefallen?
3. Sind dem Magistrat Aktivitäten der Reichsbürgergruppe „Indigenes Volk der Germaniten“ in Kassel bekannt?

Antwort:
Auch bei der Stadt Kassel gehen – ebenso wie bei anderen Kommunalverwaltungen – Schriftstücke von Personen, bei denen der Verdacht der Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene aufkommt, ein. Damit ist kein signifikant erhöhter Verwaltungsaufwand verbunden.
Die Stadt Kassel orientiert sich bei der Bearbeitung dieser Eingänge an den landesweiten Empfehlungen des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport für Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus sowie mit Reichsbürgern und Selbstverwaltern (https://hke.hessen.de/sites/hke.hessen.de/files/2022-06/hmdis_freiheit_und_demokratie_1018_final_web.pdf sowie https://hke.hessen.de/sites/hke.hessen.de/files/2022-06/broschuere_reichsbuerger_und_selbstverwalter_und_hessen.pdf).

Christian Geselle
Oberbürgermeister

☒ 1030752

Kassel, 26. Juni 2023
Frau John/
☎ 2163

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. - 5. Juli 2023
☐ -32- ☐ -36 ☐ -37- ☐ -52- ☐ -70-

An

- III -

Anfrage der Alternative für Deutschland-Fraktion Kassel-Stadt zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung
Vorlage-Nummer: 101.19.830

Frage 1
Wie viele städtische Beamte/Angestellte/Mitarbeiter sind seit 2011 bis heute in ihren Büros oder während ihrer Dienstzeit Opfer von Gewalt geworden. Bitte schlüsseln Sie nach Ämtern und Gewalttaten (physisch und psychisch) auf.

Antwort
Hierzu liegen keine statistischen Daten vor.

Frage 2
Welche Angebote zu Schulungen oder Weiterbildungen zur Gewaltprävention bzw. Deeskalation können städtische Beamte/Angestellte/Mitarbeiter heute wahrnehmen bzw. absolvieren?

Antwort
Das Thema Gewaltprävention bzw. Deeskalation wird in unserem zentralen Fortbildungsprogramm in verschiedenen Maßnahmen behandelt.

Folgende Seminare/Workshops können unsere Mitarbeitenden zu diesen Themen wahrnehmen:

- Deeskalierende Gesprächsführung in praxisnahen Beispielen des Büroalltages
- Konfliktmanagement: Von den Ursachen bis zur Eskalation (auch Praxisbezug)
- Gewaltfreie Kommunikation: Kommunikationsmodelle, Muster aufdecken und anpassen
- Konflikte im Team: Schwierige Situationen und Praxisübungen
- Die Führungskraft als Klärungshelfer (explizit für Führungskräfte)
- Konflikte vorbeugen – besser zusammenarbeiten – Mobbing Prophylaxe

Eine Erweiterung der Angebote ist für das Jahr 2024 vorgesehen. Darüber hinaus werden in verschiedenen Fachämtern regelmäßige Sicherheitstrainings angeboten.

Frage 3
Welche Überlegungen gibt es, den Schutz vor zukünftigen Gewaltübergriffen zu stärken (bspw. Vermehrtes Sicherheitspersonal in den Ämtern, Selbstverteidigungskurse etc.)?

Antwort
Es gibt zurzeit keine Veranlassung, das bislang ausreichende Angebot auszuweiten.

ID-Nr.: 1028507

Frage 4
Wie hoch ist der Krankenstand in der Kasseler Stadtverwaltung seit dem Jahr 2011? Bitte schlüsseln Sie nach Jahren, Ämtern und nach Dauer der Krankschreibungen in Tagen auf.

Antwort
Aussagekräftige Daten liefert die Fehlzeitenquote. Bei der Ermittlung der Fehlzeitenquote werden die Krankheitstage (nur Arbeitstage) ins Verhältnis zu den Bruttoarbeitstagen (Anzahl der Mitarbeitenden * Arbeitstage im Halbjahr) gesetzt.

Gesamtstädtische Fehlzeitenquote ab 2011:

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022 (1. Halbjahr)
6,49%	6,40%	6,63%	6,96%	7,20%	7,70%	7,90%	8,25%	7,95%	7,00%	7,55%	10,00%

Die Daten ab dem zweiten Halbjahr 2022 liegen noch nicht vor.

Frage 5
Wie viele Überstunden schieben die städtischen Bediensteten vor sich her? Bitte schlüsseln Sie hier nach Jahren (seit 2011) und nach Ämtern auf.

Antwort
Da nicht alle Mitarbeitenden ihre Arbeitszeit elektronisch erfassen und Außenstellen teilweise andere Erhebungsarten führen, liegt kein valider Datenbestand vor.

Christian Geselle
Oberbürgermeister